

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Verkaufspreis beträgt bei jeder Lieferung um Haus für Berlin 16,- M., im voraus zahlbar, vom der Expedition selbst abgedruckt 8,50 M. Für Postbezugs nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenbogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., postfällig. Bestellungen, per Preis für Deutschland und Österreich 30,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C2, Breite Straße 8-9.

Die achtspaltigen Anzeigenzeile über deren Raum kostet 1,- M. einschließlich Druck- und Anzeigenpreis. Kleinanzeigen: Das festgedruckte Wort 1,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Druck- und Anzeigenpreis. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 1,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Angebote in Wochen-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2045, 4516 4502, 4535, 4519, 4522.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Spaa-Konferenz vor dem Reichstag

Ein weißer Rabe

Der Minister des Auswärtigen Simons ist von der Weltanschauung des Sozialismus außerordentlich weit entfernt, und wir nehmen an, daß die Revolution ihm ein Grauel ist. Aber das hindert uns nicht, anzuerkennen, daß er ein Mann ist, der den ehrlichen Willen zur Wahrheit besitzt und den ein ernstes Streben nach Objektivität und Gerechtigkeit erfüllt. Seine gefristete Rede im Reichstag war ein schöner Beweis dieser Gesinnung. Hier sprach kein Diplomat der alten Schule, hier sprach auch kein Vorherr, der die Situation, in die Deutschland durch den Krieg geraten ist, durch leere Phrasen in Vergessenheit zu bringen sucht, sondern hier trat einer auf, der sich bemüht, das zu sagen, was ist und sich nicht dabei aufhält, den ehemaligen Feinden die Schuld für unser Unglück zuzuschreiben.

Seine Ausführungen stachen in jeder Beziehung wohltuend ab von dem, was wir von derselben Stelle aus von seinen Vorgängern und von dem jetzigen sowohl wie von den früheren Reichstanzlern zu hören genötigt waren. Sie waren nüchtern, aber sachlich. Sie waren äußerlich kühl, aber sie hatten doch eine tiefe, innere Wärme, und auch der Gegner konnte sich ihrem Eindruck nicht entziehen.

Ein Sozialist unseres Schlages würde natürlich anders gesprochen haben. Er hätte die Konferenz von Spaa nicht nur als die natürliche Folgeerscheinung des Versailler Friedensvertrages behandelt, sondern wäre weiter in die Geschichte zurückgegangen und hätte die Wurzeln des Versailler Abkommens in der wahnwichtigen und verbrecherischen Politik unserer Kriegsbeher gefunden. Ein Sozialist hätte sich auch nicht mit der Anrufung des zukünftigen Urteils der Weltgeschichte über die schweren Bedingungen, die uns unsere Gegner auferlegt haben, begnügt, sondern hätte festgehalten, daß ein kapitalistischer Krieg gar nicht anders beendet werden konnte als durch einen Frieden, in dem die obliegende Kapitalistengruppe ihre Interessen so rücksichtslos als möglich wahrnimmt.

Es lassen sich auch gewisse Ausstellungen an anderen Einzelheiten machen. Vielleicht war Herr Simons an den Stellen, wo er über die Frage der Reparationen und ähnliches sprach, zu sehr Jurist. Man glaubte bisweilen in die Vorlesung eines Völkerrechtslehrers veretzt zu sein, und der reine Rechtsstandpunkt ließ hier und da die politischen Erwägungen gar zu sehr in den Hintergrund treten. Es kann auch gesagt werden, daß die Verhandlungen von Spaa selbst in der Rede einigermaßen zu kurz gekommen sind. Wir hätten gern beispielsweise noch mancherlei über das Auftreten der Sachverständigen, und insbesondere die Haltung des Herrn Stinnes gehört. Auch die Art und Weise, wie die militärischen Fragen behandelt worden sind, hätte eingehender erörtert werden müssen. Das wäre zweckmäßiger gewesen, als sich in etwas langatmigen Auslassungen über die Unternehmungsverhältnisse der deutschen Vertretung und über den Grundsatz der Entente zu ergehen. Aber diese Mängel wurden aufgewogen durch die Offenheit und Sachlichkeit, mit der Simons eine Reihe von Fragen besprach, die in engem Zusammenhang mit der Konferenz und ihren Ergebnissen stehen; und wenn wir auch nicht ohne weiteres uns auf den Standpunkt stellen wollen, daß ein Minister gut ist, der Widerspruch bei der Rechten findet, so können wir doch unsere Freude daran haben, wenn einer, der einer rein bürgerlichen Regierung angehört, sich nicht scheut, der nationalsozialistischen und sozialistenfeindlichen Bourgeoisie — und die hat ihre Vertreter nicht nur in den Reihen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei — Wahrheiten zu sagen.

Wie leicht wäre es ihm gewesen, bei der Behandlung der Vorgänge vor der französischen Botschaft das verkehrte deutsche Nationalgefühl in den Vordergrund zu schieben! Wieviel Zustimmung würde es ihm auf der Rechten eingetragen haben, wenn er im Fall Dornen und bei anderen Gelegenheiten die letzte Schuld bei den Machenschaften der Entente gesucht hätte! Aber zum Leidwesen unserer Patrioten verhielt er sich auf alle solche Mäßigkeiten, gab er klipp und klar die deutsche Verantwortlichkeit zu und trug er auch kein Bedenken, jenen beherrschenden Instanzen, die nach seiner Meinung Fehler begangen hatten, ihre Veräumnisse und Verschuldungen öffentlich vorzubringen. Also nicht nur kein Diplomat der alten Schule, sondern auch kein Bürokrat in dem berühmten preussischen Sinne des Wortes.

Der Minister hat erzählt, wie schwer ihm und all seinen Kollegen der Gang nach Spaa geworden ist. Wir möchten glauben, daß der Gang, den er gestern in den Reichstag getan hat, für ihn bedenklicher und gefährlicher war. Denn sein Auftreten hat nicht nur bei den Deutschnationalen, sondern auch bei der Deutschen Volkspartei, also einer der Gruppen, die ihn stützen soll, das stärkste Bestreben erzeugt. Wie konnte er auch den Versuch wagen, den Staatsmännern der Alliierten gerecht zu werden und den Glauben zu erwecken, daß die bürgerlichen Regierungen Eng-

lands und Frankreichs auch nicht viel schlechter und niedriger sind als die bürgerliche Regierung der deutschen Republik! Wie konnte er es auf sich nehmen, anzudeuten, daß er am liebsten gesehen hätte, wenn Bela Kun ungeschoren nach Rußland gekommen wäre, und daß nur die Voreiligkeit unterer Instanzen und die mit schwarz-gelben Ueberlieferungen behaftete österreichische Diplomatie die Notwendigkeit eines Zugreifens des deutschen Auswärtigen Amtes zur Folge gehabt hätte! Keine Geste des Abrückens von Bela Kun, keine billige Verurteilung der ungarischen Käterregierung, nur nüchterne und ruhige juristische Feststellung.

Und dann die schwerste Sünde wider den heiligen Geist: Der Minister einer bürgerlichen Regierung hatte den Mut, in Sowjetrußland nicht alles schlecht und verabscheuungswürdig zu finden. Die russischen Volkskommissare sind für ihn nicht eine Gesellschaft von Verbrechern mit blutbespuckten Händen. Er lobt ausdrücklich die Klugheit und Geschäftlichkeit Tschitscherins, mehr als das, er erklärt, daß im bolschewistischen Rußland manches sehr gut sei, ja manches direkt vorbildlich für Deutschland werden könne. Die Rechte links und die sozialdemokratische Fraktion schweigt verlegen. Bei den Unabhängigen ertönt erstaunter Beifall. Simons ist wirklich nicht ihr Mann, aber er hat Worte gefunden, auf die wir bei den Mitgliedern der Kabinette, in denen die Rechtssozialisten eine ausschlaggebende Stellung eingenommen haben, vergeblich gewartet haben.

Wir sind bereit, ihm soviel Kredit zu eröffnen, als wir dem bürgerlichen Mitglied eines bürgerlichen Kabinetts gewähren können. Wir sind freilich lebhaft im Zweifel, ob ihm dieser Kredit frommen wird. Denn seit gestern steht Herr Simons auf der schwarzen Liste der Reaktion. Man wird ihn drüben für einen Bolschewik erklären, und von seinen Kollegen wird die Zugehörigkeit dieses Weißbiederten zu ihrer schwarzen Schar höchst unangenehm empfunden werden.

Der Sitzungsbericht

Präsident Pöbe eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 20 Min. mit einer Ansprache, in der er ausführt, daß das stolze Abstimmungsresultat in Ost- und Westpreußen einen in die Zukunft weisenden Vorzeichen für unser Land bedeutet. (Lebhafter Beifall.)

Danach erfolgt die geschäftsordnungsmäßig notwendige nachmalige Wahl des Präsidiums ohne Veränderung in der Besetzung. Auf der Tagesordnung steht dann die Besprechung der Konferenz in Spaa.

Reichskanzler Fehrenbach: Ueber die Einzelheiten der Verhandlungen in Spaa wird der Außenminister Dr. Simons berichten, dem ich für seine vorzügliche Arbeit in Spaa den herzlichsten Dank des Kabinetts ausspreche. (Beifall.) Wir sind nur mit einem geringen Maß von Erwartungen nach Spaa gegangen und wurden sehr bald darüber belehrt, daß die Verhandlungen nicht eine Verhandlung zwischen gleichen und gleichen war, sondern meistens auf einem durch ein Ultimatum noch verstärkten Diktat beruhte. Zweimal standen wir vor der Frage, ob wir die Verhandlungen abbrechen und damit den Einmarsch feindlicher Truppen ins Ruhrgebiet herbeiführen sollten, oder ob wir die Unterdrückung leisten sollten, über deren ungeheurer schweren Folgen wir nie im Zweifel gewesen sind. Wir haben uns dafür entschieden, die Anerkennung der Drohung des Einmarsches mit Entschiedenheit verweigert. Die Rechtsfrage hat durch die Verhandlungen in Spaa keine Änderung erfahren. Die Situation hat sich allerdings durch die Verhandlungen vielleicht insoweit zugunsten der Franzosen verschoben, als sie auf Grund des Spaa-Abkommens künftig Einmärsche nicht einseitig vorzunehmen brauchen, sondern dabei die Mitwirkung der anderen Gegner verlangen können. Die Verhandlung des Einmarsches ins Ruhrgebiet ist durch nichts anderes möglich, als durch die sorgfältige Durchführung des Versailler Friedensvertrages oder der Abmachungen von Spaa. Das gilt besonders für die Kohlenfrage und für die Militärfrage. Für die Verminderung der Reichsmehr hatten wir gut durchgearbeitete Vorschläge gemacht, die es ermöglicht hätten, unter Vermeidung aller Schwierigkeiten im Verlaufe der fünfjährigen Jahre zum Ziel zu kommen. Wir haben aber nur eine Frist von einem halben Jahr erhalten. Es ist der Wille unserer Feinde, daß wir die Entwaffnung unseres Volkes vollkommen durchführen. In den nächsten Tagen wird Ihnen eine Gesetzesvorlage zugehen, die der Forderung der

Ablieferung der Waffen

gerecht wird. In der Kohlenfrage haben viele Sachverständige die Meinung ausgedrückt, daß die Erfüllung des Spaa-Abkommens unmöglich ist. Andere Sachverständige, die auch Zweifel an der Möglichkeit hatten, rechnen aber damit, daß bei Anspannung aller Kräfte ein großes Unglück für das Vaterland doch verhindert werden kann. In allererster Linie bedarf es der Anspannung aller Kräfte unserer Bergarbeiter. Es ist eine schwere Aufgabe, bei dem ohnehin so schweren Dienst in der heißen Jahreszeit, bei den reduzierten körperlichen Kräften, bei der festlichen Ermattung in größerem Umfang Arbeit zu leisten, als es bisher geschehen ist. Aber es ist wirklich ein erfreuliches Ereignis, was sich in Wochen abspielt hat.

Reichsminister des Innern Dr. Simons:

Das Auswärtige Amt hat auf meine Anordnung eine Denkschrift ausgearbeitet, die Ihnen vorliegt. Die Denkschrift enthält eine Lücke; sie zählt nicht die Namen der einzelnen Sachverständigen auf. Ich hole das hiermit nach. (Der Minister verliest die Liste der Sachverständigen, die in Spaa mitgewirkt haben.) Für ihre hingebende Arbeit danke ich den Sachverständigen. (Beifall.) Der Dank gilt nicht dem Ergebnis, sondern der Mühewaltung. Für die Ergebnisse sind die Minister verantwortlich, und das Haus hat das Urteil über ihre Arbeit auszusprechen. Das Kabinett hat die Entschlüsse in Spaa gebilligt und ist solidarisch. Ich bitte Sie, nicht zu forschen, was die einzelnen Mitglieder für ein Botum abgegeben haben oder ob das eine oder das andere Kabinetsmitglied sich mit Rücktrittsgedanken getragen hat. Hier steht hinsichtlich des Ergebnisses einer für alle und alle für einen. (Hört, hört!)

Zur uns war die Konferenz von Spaa ein Ringen mit der Entente. Für die Entente war es ein schweres Verhängnis, um die Deute von Versailles und um die schwierigen Probleme der Weltpolitik, namentlich der Ostfragen. In unerhöhter großen Leistungen hat Deutschland Waffentilgung und Friedensvertrag zum Teil erfüllt. Wir haben die Leistungen zusammengestellt, aber noch nicht in die Öffentlichkeit gebracht. Es wird eine Zeit kommen, wo wir es tun. Aber der Friedensvertrag ist in Deutschland nur allzuwenig bekannt und wird nicht in richtigem Sinne ausgewertet. (Lebhafter Zustimmung.) Unsere Bevölkerung weiß nicht, daß der Friedensvertrag beratige Bestimmungen enthält. Man hat den Friedensvertrag nicht recht ernst genommen. (Sehr wahr.) Niemand hat geglaubt, daß man das in der Rot-Unter-schreibens auch erfüllen müsse. Unsere Gegner aber nahmen ihn ernst, außerordentlich ernst. (Lebhaftes Sehr richtig!) Das ist uns in Spaa wieder klar geworden. Wir wäre es lieber gewesen, die Urkunde wäre nicht unterschrieben worden. (Bewegung.) Jetzt aber, nachdem es geschehen ist, hat es keinen Zweck, Wege zu schreiben über den Schmachfrieden. (Sehr richtig!) Je mehr wir das tun, umso größer wird nur der Vorwurf. Jetzt heißt es, die Fühne zusammennehmen. (Zustimmung.) Er ist ein einseitig geführtes Einzelstück gegen ein allein laubdignes Volk. Wir sind aber der Meinung, wenn wir mitschuldig sind, so sind wir doch nicht allein schuldig. Wir müssen den Gegner anerkennen als Sieger, nicht aber als Richter. Die uns auferlegten Leistungen wollen wir so gut ausführen, wie wir können.

Der Vertrag enthält Ziele und Wege, die sich jetzt gegen Deutschland richten, die aber, allgemein ausgebaut, darüber hinausgehen. Wir müssen aus diesem Instrument das Beste machen. Erfolge und Vorbeeren hat die deutsche Delegation nicht erwartet. Bezeichnend war, wie man uns in Spaa begegnete. Die anderen Delegationen haben uns nicht einmal eines Grußes für würdig gehalten. (Lebhaftes Hört, hört!) Es wurde kein Verkehr gewünscht der Delegationen mit der deutschen. Wir haben uns gefreut, daß das später anders geworden ist. Das Urteil darüber, was wir erreicht haben, steht zu Ihrer Entscheidung.

Der Sieger von Spaa ist der französische Ministerpräsident Millerand;

er hat sich als Vollstrecker eines Rechtsmittels hingestellt und hat diesen Titel gewissermaßen zum Siege verholten. Er hat bei der Entente eine gewisse Zustimmung gefunden, die ihm bisher fehlte, in Deutschland einzurücken und dadurch ein neues Mittel gegen uns zu finden. Den Rechtsmittel haben wir anerkannt. Doch sind die Leistungen, die Frankreich erhält, sehr beschränkt. Frankreich hat keine Produktion an Kohle erheblich steigern können. So betrug nach einer neueren Statistik die französische Ausfuhr an Geweben in den ersten vier Monaten 1914: 333 Millionen, 1919 325 Millionen, 1920 aber 784 Millionen Franken, in der chemischen Industrie 1914: 70, 1919 67, 1920 266 Millionen. (Hört, hört!)

Den Einmarsch wollten wir vermeiden, seine Folgen wären sehr schwer gewesen. Gewiß hätten die Franzosen die zwei Millionen Tonnen, die wir zugestanden haben, herausgescholl, aber was würde aus den anderen 7 Millionen, die wir dort fördern, geworden sein? Sabotage, Generalkrieg und andere Wirren hätten die Produktion gekürzt; deshalb hat der italienische Minister Storza ganz Recht: Unter allen Umständen wäre die Beilegung ein Sprung ins Dunkle gewesen. Wir hätten diesen Sprung sehr ungern getan. Auch die Sachverständigen teilen diese Meinung. Graf Storza, der sich ebenso loyal gegen uns, wie gegen seine Freunde verhielt, hat mir anerkennend nachdrücklich gesagt, ohne unsere Zustimmung wäre der Einmarsch sicher erfolgt. Deutschland und Frankreich sind mehr als andere Länder wirtschaftlich auf einander angewiesen. Auch der Volkshafter Laurent erkennt es an. Er sagte mir: Unter ganzes Bestreben wird dahin gehen, eine wirtschaftliche Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich zu erreichen. Diese Annäherung kann jedoch durch gewisse Zwischenfälle unangenehm betroffen werden; so z. B. durch den

Flaggenzwischenfall vom 14. Juli.

In bankenwertiger Vorsicht hätte die Botschaft uns von der Absicht, an diesem Tage zu flaggen, vorher Kenntnis gegeben. Das Auswärtige Amt setzte seinerseits die Polizei dapon in Kenntnis. Durch eine Verkettung von Umständen ist es nicht gelungen, eine Behauptung der französischen Flagge zu vermeiden. Am 15. Juli wurde uns das telegraphisch gemeldet, gleichzeitig mit der Forderung der Botschaft um Genugtuung. Ich prüfte die einzelnen Punkte dieser Forderung und fand sie völkerrechtlich begründet. Ich riet deshalb dem Reichskanzler, sie unverzüglich zu erfüllen. Wir sind in einem ähnlichen Falle während des Krieges schon über Spanien so verfahren und haben andererseits von Kolumbien dieselbe Genugtuung verlangt, die wir jetzt Frankreich gegeben haben. Leider muß ich sagen, dieser Plan wurde geschädigt durch die Art, wie die Genugtuung gegeben wurde, daß die Truppe in schlechter Kleidung, mit der Mütze usw. antrat. Man kann ja in dem Geschmach verschiedener Meinung sein, aber ich bin der Meinung, daß hier das Reglement verletzt hat und daß wir für solche Fälle ein besseres Reglement brauchen. Von dieser Auffassung habe ich der Botschaft, aber auch den militärischen Stellen Kenntnis gegeben. Was außerdem zu der Sache noch vorliegt, wird untersucht, die Botschaft hat uns schickbares Material darüber zur Verfügung gestellt.

Polnischer Krieg und Frieden

Rußlands Friedenspolitik

Die hiesige Vertretung der Moskauer Sowjetregierung hat folgendes Radiogramm von Tschitscherin erhalten:

Moskau, 20. Juli.

Rußlands Antwort an England enthält das Einverständnis mit dem Frieden und dem Waffenstillstand, unter der Bedingung direkter Verhandlungen mit Polen, und das Verbot, Polen mehr zu geben als von der Entente an Polen geboten war. Millierands Behauptung, Rußland hätte den Frieden abgelehnt, ist völlig wahrheitswidrig. Sowjetrußland sucht an erster Stelle Frieden mit allen Völkern

gez. Tschitscherin.

Über den Verkauf der Unterhandlungen zwischen Rußland und der Entente und über die Stellung Englands zu den polnisch-polnischen Verhandlungen unrichtig folgendes Telegramm:

Amsterdam, 26. Juli.

Der am Sonnabend veröffentlichte Text der zwischen Curzon und Tschitscherin gewechselten Noten betreffend einen Waffenstillstand zwischen Rußland und Polen enthält auch die Antwortnote Curzons vom 20. Juli.

Diese besagt, die Sowjetregierung habe eine große Zahl von Vorschlägen angesehnt, über die zwischen der britischen und der Sowjetregierung sowohl bezüglich der Tatsachen wie der grundsätzliche kriegslegende Meinungsverschiedenheiten beständen. Die gegenwärtige Depesche werde sich nicht damit befassen, sondern sich mit dem dringenden Problem der Beendigung der Feindseligkeiten zwischen Polen und Sowjetrußland beschäftigen, die so schnell wie möglich erfolgen solle. Die Sowjetregierung habe ihre Bereitschaft kundgegeben, die Frage eines Waffenstillstandes mit Polen in freundschaftlichster Weise zu erwägen und Polen eine Antwort zuzugestehen, die nicht ungünstiger sei, als die ursprünglich dem Obersten Rat vorgeschlagene. Die Sowjetregierung habe ausdrücklich in dieser Erklärung in energischer Weise dem Gedanken widersprochen, daß die Verhandlungen über einen Waffenstillstand noch zwischen anderen Mächten als Sowjetrußland, England und Polen andererseits in Angriff genommen würden. Wenn die Sowjetregierung auf ihrem Standpunkt beharrt, so habe die englische Regierung nicht die Absicht, auf ihrem Vorschlag zu bestehen. Die englische Regierung habe den Zusammenritt der Konferenz in London nur vorgeschlagen, weil sie glaube, daß dadurch Rußland in der Lage zur Friedenskonferenz gebracht würde und der Weg für die Verständigung zwischen Rußland und der übrigen Welt geebnet werde. Was die englische Regierung wünsche, sei, daß die Verhandlungen unverzüglich geführt würden, daß die Grenze zwischen Rußland und Polen soweit wie möglich mit den Wünschen der in Betracht kommenden Bevölkerung übereinstimme und daß ein dauernder Friede zwischen Polen und seinem östlichen Nachbar hergestellt werde, der die Einstellung der Feindseligkeiten und die Nichtberührung beider Teile in die Angelegenheiten des Nachbarn bringen würde. Um den Standpunkt der Angelegenheit endgültig zu klären, sei die polnische Regierung von den Alliierten aufgefordert worden, sofort Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen herbeizuführen.

Die Sowjetregierung indes trotz des Versuchs der polnischen Regierung um einen Waffenstillstand ihre Vorkämpferstellung zu wahren, so müßten die englische Regierung und die Alliierten notgedrungen annehmen, daß die Sowjetregierung den Krieg gegen das polnische Volk wolle und würden Polen bestanden unter der Führung stehen. Außerdem müßte die englische Regierung erklären, daß die Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen Rußland und dem britischen Reich zweckmäßigerweise nicht fortgesetzt werden könnten, wenn Sowjetrußland in Polen einbringe. Sie habe deshalb an Kamenew und Krassin telegraphiert, sie möchten ihre Adresse aus Reval verpflanzen, bis der Waffenstillstand abgeschlossen sei.

Die Antwortnote Curzons an Tschitscherin unterstreicht den unvermeidbaren Erfolg, den die Sowjetregierung durch ihre Haltung in der Friedensfrage jetzt erzielt hat. England habe angesichts der ablehnenden Antwort Moskaus und der weiteren Erfolge der Roten Armeen seinen Vorschlag als Vermittler zwischen Rußland und Polen aufzutreten zurückgezogen und billigt die direkte Verhandlung, die nun zwischen Sowjetrußland und Polen eingeleitet werden sollen. Allerdings sucht sich die englische Regierung auch bei diesem diplomatischen Rückzug die Einwirkungsmöglichkeiten auf die Gestaltung des Friedens zu sichern. Was in der Note über die Wünsche der in Betracht kommenden Bevölkerung gesagt ist, kann offene Türen ein, denn die Sowjetregierung hat stets in ihren Kundgebungen das Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkannt. Merkwürdig jedoch lautet der Schluß der englischen Antwortnote an, der seinen Drohungen einen Druck auf die Sowjetregierung auszuüben sucht, unverzüglich die Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen mit Polen zu beginnen. Angesichts der Tatsache, daß die englische Regierung von der Angst beherrscht ist, daß die Roten Armeen Polen überrennen könnten, wenn es nicht gelingt, sie durch den Abschluß eines schnellen Waffenstillstandes zum Stehen zu bringen.

Gegen den Neutralitätsbruch!

Berlin, 26. Juli.

M. I. B. teilt mit: Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter, die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und der Allgemeine Eisenbahner-Verband richten folgenden Aufruf an alle deutschen Eisenbahnbeamten und -arbeiter: Die Sowjetregierung hat die Neutralität der Republik Deutschland im Kampf zwischen Sowjetrußland und Polen erklärt. Diese Neutralitätserklärung legt Deutschland u. a. die Pflicht auf, zu verhindern, daß militärische Transporte für die eine oder andere der kriegführenden Parteien durch Deutschland geleitet werden. Sollte in dieser Hinsicht irgendwelcher Druck auf die deutsche Regierung ausgeübt werden, so erklären die Großorganisationen der deutschen Eisenbahnbeamten und -arbeiter, daß sie unter keinen Umständen eine Verletzung der Neutralitätspflichten zulassen und allen gewerkschaftlichen Mitteln derartige Transporte zu verhindern werden. Jede dahingehende Auforderung ist vom Eisenbahnpersonal zurückzuweisen. Jede Hilfeleistung ist Verrat am Vaterland.

Der angehaltene „Polonia-Zug“

M. I. B. teilt mit: Amtliche Nachrichten bestätigen, daß ein sogenannter Zug mit Kriegsmaterial nach Polen demnächst in Marburg angehalten worden ist. Es handelt sich offenbar um einen sogenannten „Polonia-Zug“, d. h. um einen der 155 Züge, die auf Grund des deutsch-polnischen Wirtschaftsabkommens vom 22. Ok-

tober 1919 zum Teil mit militärischen Gütern, zum Teil mit Gütern für die Zivilbevölkerung durch Deutschland durchgeführt werden. Die Eisenbahn-Direktionen haben bereits vor dem Vorfall telegraphische Anweisungen erhalten, beratige Züge nicht mehr anzunehmen; doch scheint dieser Zug beim Eintreffen dieser Anweisung bereits auf deutschem Gebiet gewesen zu sein. Weitere Befehle werden erteilt, wenn nähere amtliche Feststellungen über den Inhalt des Zuges und den Vorfall vorliegen.

Französische Transporte nach Polen?

Aus dem befohlen Gebiet wird berichtet: Die Franzosen bereiten seit etwa 10 Tagen eine Expedition durch Deutschland vor, die zur Unterstützung Polens vor und haben für die Vorbereitung zunächst folgenden Ausweg gefunden: Die Transporte werden anodisch für die Abführung der in Oberösterreich stehenden Truppen auf den Marsch geleitet. Um auch der einen Truppe die wirklichen Ziele zu verschleiern, werden die „Ersatztruppen“ verschiedenen Formationen entnommen. Vor allem wird Artillerie und Kavallerie geschickt. Ein Transport von 21 Waggons, der als Sanitätszug bezeichnet wurde, ist bereits abgegangen. Die Waggons enthalten in Wirklichkeit jedoch Munition und Maschinengewehre. Ein weiterer Transport von 18 Waggons geht in den nächsten 48 Stunden ab. Die Besatzung besteht aus Unteroffizieren. Dies soll jedoch erst der Anfang sein. Man soll die Entsendung weiterer Transporte im Auge haben und Frankreich soll beabsichtigen, auf diplomatischem Wege vorzugehen, wenn es die politische Lage erfordere.

Der polnische Heeresbericht

Warschau, 24. Juli.

Am 23. Juli ging der Feind im Abschnitt Grodno—Mosin zum allgemeinen Angriff über, gleichmäßig drängte das Kavalleriekorps, das den Nemen südlich von Grodno überschritten hatte, gewaltsam nach Norden vor, um unseren linken Flügel abzuweichen. Nach Komow wurde die Nemen-Linie durch unsere Divisionen aufgegeben. Gegenwärtig wird auf der Linie Sels—Lunna—Wolpa gekämpft. Auf dem linken Flügel kämpft unsere Kavallerie und Infanterie mit der feindlichen Kavallerie in der Gegend von Kowal-Dwor. Südlich von Mosin liegt die litauische weiche russische Division, die den Feind nicht auf das südliche Ufer des Nemen gelangen läßt, und weicht alle seine Angriffe ab. Der Feind griff am Dgnst-Kanal wiederholt Tschichan an, wurde aber blutig abgewiesen. Bei Azejkowa (?) wurde in mehrfachen Kämpfen das 516. und 524. Sowjet-Infanterie-Regiment geschlagen. Es wurden 8 Maschinengewehre erbeutet und Gefangene gemacht. Der Feind zieht sich hinter den Styr zurück und hat hier 4 Geschütze im Fluß versenkt.

Der Vormarsch der roten Armee

II. Kowno, 26. Juli.

Nach dem russischen Frontbericht wurden die in der Nähe von Grodno liegenden Städte Orany, Kereji, Martincanec, Ruzitsy und Kadyb von den roten Truppen besetzt. In Wilna wurden 15000 Gefangene gemacht. Die Stadt Lida ist gleichfalls von den Russen besetzt worden. Von der Südküste wird berichtet, daß die roten Truppen im Begriff sind, den Styr zu überschreiten. Eine große Anzahl von Stellungen wurde südlich der Eisenbahnlinie genommen. Nachdem der russische Teil des Distriktes Gubjatyn vom Feinde gesäubert wurde, geht man jetzt daran, daß gleiche in österrussischen Gebieten zu tun.

Die Aufnahme der russischen Friedensbereitschaft

II. Paris, 26. Juli.

Die Annahme des polnischen Waffenstillstandsangebotes durch die Sowjetregierung wird von der Presse mit Zustimmung aufgenommen. Der „Matin“ bezeichnet diesen Schritt als eine politische Klugheit und zugleich als Erleichterung für die Entente. Das „Echo de Paris“ befürchtet, daß sich Marshall Pilsudski unter dem Schutz Moskau stellen werde. Die russische Friedensbereitschaft verhindert nicht die Gefahr für die Selbständigkeit Polens und für die Revanche, auf die die Deutschen an der Weichsel warten.

Ungarns Angebot abgewiesen

I. U. Kopenhagen, 26. Juli.

In einer Note an die Alliierten stellte Ungarn der Entente sein Heer zur Unterstützung Polens gegen den bolschewistischen Vormarsch zur Verfügung. Man hat die's Angebot jedoch bereits abgelehnt, da man glaubt, daß Ungarn hierdurch nur eine Reaktion des Friedensvertrages erhofft. Auch will man die Bildung eines starken ungarischen Heeres nicht begünstigen.

Churchill zum Rücktritt bereit

S. A. London, 26. Juli.

In Beantwortung einer Entschließung bezüglich des Verhaltens Churchills in der russischen Frage, die vom Obersten Rat angenommen wurde, erklärte Churchill, wenn die Arbeiterpartei ihm im Unterhaus ein Mißtrauensvotum ausstellen wolle, werde er den Herrschaften sein Amt gern zur Verfügung stellen.

Die Reaktion in Polen

Ein bekannter polnischer Arbeiterführer schreibt uns:

Die polnische revolutionäre Arbeiterbewegung ist jetzt nahezu vernichtet. Allein in Warschau sind über 1000 Mitglieder der kommunistischen Arbeiterpartei unter nichtigen Vorwänden inhaftiert worden. Schon der Besitz eines Mitgliedsbuches der kommunistischen Arbeiterpartei genügt, um dem Besitzer eine Anklage wegen Teilnahme an revolutionären Bestrebungen zuzuziehen. Es sind Leute verhaftet worden, die tatsächlich niemals irgendwelche führenden in der Arbeiterbewegung hervorgetreten sind, die keinerlei Funktionärposten bekleiden und die all-in wegen ihrer Zugehörigkeit zur kommunistischen Arbeiterpartei zu zwei bis acht Jahren Zuchthaus verurteilt worden sind. Die Verurteilungen erfolgen auf Grund des alten russischen Strafrechtsbuchs unter Anwendung derselben Paragraphen, die es in Hinsicht auf die russische revolutionäre Bewegung in aller Welt so berüchtigt gemacht haben. Allein in Warschau sind in den letzten Monaten nicht weniger als 20 Prozesse wegen Zugehörigkeit zur kommunistischen Arbeiterpartei geführt worden. Die Zustände in den Gefängnissen sind entsetzlich. Die Wände trüben von Nässe. Heizung ist selbst an den kältesten Tagen unbekannt. Die Kost besteht aus einer Suppe einmal täglich und einem halben Pfund scheußlichen Brotes pro Tag.

Während die Gefängnisse im Innern des Landes im allgemeinen den Zivilbehörden unterstellt sind, bildet eine Ausnahme der 10. Pavilion der Warschauer Zitadelle, der schon aus der Jarenzeit sich trauriger Berühmtheit erfreute. Dieser Pavilion untersteht einer militärischen Einrichtung, der sogenannten Politischen Defensiv, die als eine militärische Okzana (Spitzorganisation) die Erhaltung des „guten Geistes“ in der Armee zu überwachen hat. Diese Politische Defensiv bildet sich ganz allmählich zu einer Einrichtung wie die der Horthy-Mafia aus. Ihr Vorgehen ist rein willkürlich. Schwere Mißhandlungen der von ihr Verfolgten schon bei der Verhaftung sind an der Tagesordnung. Die

Gefängnisse an der Front oder unmittelbar hinter der Front, die gleichfalls ihrem Regime unterstellt sind, sind wahre Höllen für alle Verhafteten geworden. Um Aussagen von politischen Gefangenen zu erpressen, werden sie in der schamlosesten Weise mißhandelt. Nur ein Beispiel: Der Gefängniskommandant Krassuski in Minsk erpreßte Aussagen von Gefangenen dadurch, daß er sie bis zu drei Tagen mit dem Gesicht an die Wand stellen und bei der geringsten Bewegung auf die Brustflaste Art schlagen ließ. Die Zustände sind so toll, daß die Zivilbehörden und der Generalstabsschef Pilsudski wiederholt dagegen Stellung genommen haben, ohne freilich irgend etwas ausrichten zu können.

Seit Beginn der polnischen Offensive haben sich die Verhältnisse immer mehr zuspitzt. Die Verhaftungen nehmen gewaltig zu. So sind z. B. jetzt die Funktionäre auch der polnischen Gewerkschaften fast reiflos von der Politischen Defensiv inhaftiert. Nach Beginn des polnischen Rückzuges ist den politischen Gefangenen wiederholt von der Gendarmrie der Politischen Defensiv erklärt worden, daß sie alle kalt gemacht würden, wenn die Russen weiter vordringen sollten. Die Gefahr einer Bartholomäusnacht für die verhafteten Arbeiter und ihre Führer ist so nahe gerückt, daß selbst die polnische Presse schon mehr oder weniger verschleierte darauf aufmerksam macht, so z. B. die Zeitung „Egzes“ und andere. Wiederholt ist es vorgekommen, daß wie Warschauer Zeitungen berichten, inhaftierter nationaler Arbeiter Mob versuchte, auf der Straße verhaftete revolutionäre Arbeiter ihren Transportführern zu entreißen und sie durch Ausschlagen an Straßenlaternen zu lynchen. Die Gefahr einer Ungarische Revolution Polens rückt mit jedem bolschewistischen Siege näher. Insbesondere scheint sich die Freiwilligenarmee, die der revolutionäre General Haller, der bekanntlich von Pilsudski eben wegen seiner rückschrittlichen Anschauungen fallgelassen worden war, jetzt organisiert, zu einem Instrument konterrevolutionärer Betätigung gegen das revolutionäre polnische Proletariat zu entwickeln. Die Arbeiterchaft selbst hat gar keinen Anteil an ihr, vielmehr rekrutiert sie sich hauptsächlich aus den Kreisen der nationalistischen Studentenschaft — ganze Hochschulen, so die in Polen, Warschau und Lemberg, sind geschlossen worden — aus den Kreisen der bürgerlichen Intelligenz, der Beamenschaft und insbesondere der Organisation S. S. S., der „Gesellschaft zur Selbsthilfe der Gesellschaft“. Diese Organisation entspricht etwa der deutschen Technischen Rothilfe und hat als letzte „Tat“ den großen Streik der Warschauer Kommunalarbeiter niedergeworfen.

Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß die Stimmung einer Armee, die sich so zusammensetzt, wie die Hallers, ausgesprochen konterrevolutionär und arbeiterfeindlich ist. Ihr Zweck ist denn auch hauptsächlich der, im Innern Polens die Ruhe und Ordnung gegen die Bevölkerung zu wahren, die etwa gegen die Kriegspolitik der polnischen Nationaldemokraten und Nationalsozialisten vom Schlage Dasznjowski rebellieren wollte. Das wird ganz unverhüllt auch in der Presse ausgesprochen. Insbesondere die nationaldemokratische Presse macht keinen Hehl daraus, daß die Freiwilligenarmee als Hauptaufgabe sich der Bekämpfung des inneren Feindes widmen habe. Bei der systematischen Hege, die gegen die polnischen Revolutionäre inszeniert worden ist, ist es nicht weiter verwunderlich, wenn die Wit der enttäuschten polnischen Nationalisten sich gegen die polnischen Inhaftierten wenden wird. Weder die polnische Regierung, noch die Politische Defensiv werden in der Lage sein, ein Massaker zu verhindern, für das sie selbst die Stimmung einschatzt haben.

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.)

Wien, 26. Juli.

Warschauer Arbeiterblätter melden von unerhörten Verfolgungen der organisierten jüdischen Arbeiterchaft. Führende Genossen und fast alle Ratmänner der jüdischen sozialistischen Organisation „Poale Zion“ und des jüdischen Arbeiterbundes wurden in allen Städten verhaftet, teils schwer mißhandelt und an Ketten geschnitten. Die meisten Arbeiterinstitutionen, sogar die Kinderheime, Arbeiterküchen, Schulen, alle gewerkschaftlichen und politischen Vereine und Lokale sind geschlossen. Zahlreiche Genossen wurden nach Polen geschleppt und dort interniert. In der Arbeiterkuche des „Poale Zion“ wurden am Abend alle Anwesenden, etwa zweihundert Genossen, verhaftet und teilweise nach dem berüchtigten 10. Pavillon abgeführt.

Demonstration gegen den Rechtsmord

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.)

Essen, 26. Juli.

In Essen fand am Sonntag eine riesige Demonstration des Essener Proletariats gegen die unerhörten Urteile statt, die die Kriegogerichte und ordentlichen Gerichte gegen die Arbeiter gefällt haben und noch fällen, die sich an der Abwehr des Kapp-Putsch beteiligt hatten. Zahlreiche Redner geleiteten das Verhalten der Regierung, die ihr Wort gebrochen hat und die Arbeiter zum Dank für die Treue in die Zuchthäuser und Gefängnisse werfen läßt. Es wurde kläglich die Umkehr gefordert. Ein endloser Demonstrationzug bewegte sich nach Schluß der Kundgebung durch die Stadt.

Die Genfer Konferenz erst im September?

S. A. Paris, 26. Juli.

Die Konferenz in Genf, die am 10. August zusammentreten sollte, wird wahrscheinlich erst in den ersten Tagen des Septembers stattfinden, da Millierand am 15. August keine Reise durch das verwickelte Gebiet unternehmen will. Diese Reise steht vermutlich im Zusammenhang mit der Neugestaltung der Finanzpläne, die von England und Frankreich in Boulogne gemeinschaftlich aufgestellt wurden und nach den Beschlüssen der Konferenz von Spaas abgeändert werden müssen.

Der Kampf um Beking

London, 26. Juli.

Die „Times“ meldet aus Beking: Die Stadt Beking befindet sich wieder in großer Aufregung. Die Tore der Stadt sind geschlossen und mit starken Wällen besetzt. Die Truppen von Tchang-fo-kin und Kupeisu schließen die Stadt ein und umzingeln ihre letzten Widerstander. Bis jetzt haben noch keine Verhandlungen stattgefunden, doch verläutet, daß die Angreifer die Stadt nicht betreten werden.

Die Griechen in Adrianopel

London, 26. Juli.

„Times“ meldet, daß die griechischen Truppen am 25. Juli in Adrianopel eingedrückt sind. Die Stadt hat nicht gestitten.

Richtigstellung. Die Notiz über Bela Kahun in der gestrigen Abendausgabe enthielt einen sinnfälligen Druckfehler. Der letzte Satz muß lauten: „Auf sie (die Regierung) wird die Verantwortung zurückfallen, wenn an Bela Kahun das von der „Post“ gewünschte Verbrechen verübt wird.“

Der Charakteristik des Krieges mit Polen

Von Karl Radek

Wir entnehmen der neuesten Nummer der „Russischen Korrespondenz“ folgenden beachtenswerten Artikel:

I.

Über den Charakter des Krieges, den das weißgardistische Sowjetrußland aufgezogen hat, wird unter den Genossen viel debattiert. Viele Genossen fürchten die Folgen dieses Krieges als eines „nationalen“ Krieges. Da dieser Einwand keine Begründung hat, sondern nur im Mangel an Verständnis dieses oder jenes Genossen für diese Frage liegt, sondern auch in der Kompliziertheit des Krieges gegen Polen als eines historischen Ereignisses liegen, so muß diese Frage gründlich behandelt werden. Was ist ein nationaler Krieg? Als historische nationale Kriege wurden von den jüngsten Kriegen bezeichnet, die die Bourgeoisie führte, um unter ihrer Leitung alle Gebiete zu vereinen, in denen die Bevölkerung ein und derselben Nation wohnte. Solche Kriege waren die Kriege Deutschlands, die in der Epoche der napoleonischen Kriege begonnen hatten und zum Jahre 1871. Einen solchen Krieg führte die italienische Bourgeoisie zu Beginn des 19. Jahrhunderts vor der Entstehung des Königreichs Italien. Im Gegensatz zu diesen nationalen Kriegen stehen die imperialistischen Kriege, die die Bourgeoisie führt, um fremde Länder, fremde Märkte und Kolonien zu erobern. Die nationalen Kriege der jungen Bourgeoisie hatten das Ziel, die von der gleichen Nation bewohnten Länder zusammenzuhalten, um in ihnen an Stelle der feudalen Gesellschaftsordnung die höhere kapitalistische einzuführen; imperialistische Kriege müssen dem Kapitalismus derjenigen Länder, in denen er sich bereits überlebt hat, neue Kräfte für den Kampf gegen die entstehende höhere kommunistische Gesellschaftsordnung geben. Nationale Kriege waren ein Element des Fortschrittes, imperialistische Kriege dienen der Reaktion.

Sind denn in der Epoche des Imperialismus nationale Kriege unmöglich? — Absolut nicht! Im ganzen Orient, in der Türkei, in China und Indien sind nationale Kriege nicht nur möglich, sondern höchst wahrscheinlich geworden. Die Folge des geschwächten europäischen Kapitalismus sein, der diese Länder ausbeutet. Aber ist ein nationaler Krieg der Bourgeoisie in Europa selbst möglich? Ist augenblicklich ein nationaler Krieg in Deutschland oder Ungarn denkbar? — Wenn man sich um einen Krieg der Bourgeoisie Deutschlands oder Ungarns als ein nationales Kapital handelt, das durch den Berliner Frieden diese Länder zerteilt, das ihnen ein wirtschaftliches Joch auferlegt hat, so unterliegt es keinem Zweifel, daß, obgleich das Joch schwer ist, einen solchen Krieg zu führen, vorhanden ist, dieser Krieg doch nicht geführt werden kann, denn die Kapitalisten dieser Länder befinden sich gleichzeitig im Gegensatz zur Arbeiterklasse ihrer Vaterländer. Da die Arbeiterklasse sie mit der Vernichtung ihrer Lage als herrschende Klasse bedroht, die Entente dagegen die Arbeiterklasse ihrer Ausbeutung der Volksmassen Deutschlands und Ungarns macht, so wird die nationale Feindschaft gegen die Entente übertritten durch die Feindschaft des Kapitals gegen das revolutionäre Proletariat. Aber bedeutet dies, daß das Proletariat, das diese Bourgeoisie besetzt hat, das Joch des fremden Kapitals ruhig ertragen wird? daß es — in zerstückeltem Land und unter dem Joch des Ententeimperialismus — stehen bleibt, die Diktatur zu errichten und an diesen sozialen Aufgaben heranzugehen? Wenn in Deutschland und in den Donauländern die Revolution eher steigt, als in Frankreich, England und Amerika, so wird das Proletariat dieser Länder von der Frage des Krieges gegen die Entente stehen — eines Krieges, der zeitweise aus tatsächlichen Gründen mit diplomatischem Lavierer zu umgehen sein wird, der aber eine historische Notwendigkeit werden kann. Dieser Krieg wird die Befreiung des Gebietes, auf dem das deutsche und ungarische Proletariat, das durch den Lauf der Ereignisse für die Diktatur des Proletariats bereits reif geworden ist, zum Ziel haben. Es wird der Krieg sein um die Befreiung des ganzen Gebietes der deutschen oder ungarischen Nation von den Händen des deutschen oder ungarischen Proletariats. Die nationalen Kriege, die den Krieg führen, sind andere geworden, aber das nationale Ziel ist gleich geblieben — die Einigung des ganzen, von der einen und derselben Nation bewohnten Gebietes in Händen der herrschenden Klasse: in der kapitalistischen Epoche war es die Bourgeoisie, die zur Einführung des Kapitalismus das Gebiet der Nation zu einigen bestrebt war, in der Epoche der Arbeiterrevolu-

tion tut dasselbe das Proletariat zur Einführung des Kommunismus. Wer leugnet, daß in diesen Kriegen nationale und soziale Ziele vereinigt sind, der leugnet Tatsachen. Wer sagt, daß die Zusammenfassung des nationalen Gebietes nur ein Mittel zu einem höheren Zweck ist, zur Diktatur des Proletariats und zur Einführung des Kommunismus, der vergißt, daß auch für die Bourgeoisie das nationale Territorium kein Selbstzweck war; das Ziel, dem die Zusammenfassung der nationalen Gebiete diente, war die Errichtung der Herrschaft der Bourgeoisie zur Organisation der kapitalistischen Produktion. Darum verzichtete die Bourgeoisie, wenn es notwendig war, auf einen Teil des nationalen Gebietes. Der Verzicht des Proletariats — aus tatsächlichen Erwägungen auf einen Teil seines nationalen Territoriums oder das Ueberschreiten seiner Grenzen bietet in dieser Beziehung nichts neues. Der soziale Krieg des Proletariats, das von fremdländischem Kapital bedroht ist, ist ein ebenso nationaler Krieg, wie der Kampf der Bourgeoisie gegen fremde Unterjochung ein nationaler Krieg war. Diesem Grundgesetz widerspricht nicht die Tatsache, daß das Proletariat sein nationales Ziel nicht nur durch den Krieg gegen den äußeren Feind, sondern auch im Bürgerkrieg gegen die eigenen Grundbesitzer und Kapitalisten erreicht. Die Epoche der bürgerlichen Nationalkriege war gleichzeitig die Epoche des Bürgerkrieges der jungen Bourgeoisie gegen die eigenen Grundbesitzer, die oft Hand in Hand mit dem fremdländischen Ausbeuter und Unterdrücker marschierten.

II.

Wie steht es nur in Rußland? Verschiedene Genossen weisen darauf hin, daß der polnische Krieg im Vergleich zu den Kriegen, die Sowjetrußland bisher zu führen gezwungen war, etwas neues darstellt. Auch in den Kämpfen gegen Denikin und Kollschak kämpften wir gegen Bajonette englischer, französischer und japanischer Truppen, denn das auswärtige Kapital unterstützte Denikin und Kollschak. Der Unterschied besteht nur darin, daß wir es jetzt vor allem mit einer fremdländischen Armee zu tun haben werden, obgleich die Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, daß sie von russischen Weißgardisten gestützt sein wird, wenn es z. B. der freiwilligen Armee der Krim gelingen sollte, sich aus der Krim herauszuschlagen, sie eine Einigung mit der polnischen Armee anstreben kann. Diese Argumente mühten die Genossen, die sie aufstellen, vor die Frage stellen: Trug unser Bürgerkrieg gegen Kollschak, Denikin und Judenitsch nicht auch den Charakter eines nationalen Kampfes gegen fremdländischen Ueberfall? Die ganze kapitalistische Presse Englands und Frankreichs hat begriffen, daß unser Bürgerkrieg gleichzeitig ein Krieg um die Unabhängigkeit Rußlands sei, die Einigung gegen die Versuche des französischen, englischen und amerikanischen Kapitals aus Rußland eine Kolonie zu machen. Rußland ist aus dem imperialistischen Krieg als ein besiegtes Land hervorgegangen; es ist von deutschen Imperialisten besetzt worden. Als aber der englisch-amerikanisch-französische Imperialismus den deutschen Imperialismus besiegte hatte, da begann er, auch Rußland als seine Beute zu betrachten. Die Schicksalsleiter der Menschheit in Versailles verteilten Gebiete, die zum früheren russischen Reich gehörten, wie es ihnen gerade paßte, ohne die Bevölkerung dieser Gebiete zu fragen, ob sie von Rußland losgerissen sein wollen oder nicht. Sie unterstützten Denikin, Kollschak und Judenitsch nicht nur, weil sie die Arbeiter- und Bauern-Regierung stürzen wollten, sondern, weil sie überzeugt waren, daß die Reaktionen, wenn sie mit ihrer Hilfe siegen, sich in vollständiger Abhängigkeit von ihnen befinden werde. Um sie in Abhängigkeit zu halten, waren die Engländer bestrebt, die Inseln Dago und Desel, die den finnischen Meerbusen, d. h. den Zugang zu Petrograd beherrschen, zu erobern. Die Engländer hatten alle Wege zum Schwarzen Meer besetzt. Die Engländer, Amerikaner und Franzosen stellten an Denikin direkt die Forderung, Rohstoffe möglichst rasch auszuführen, usw. usw.

Gerade dieses Bestreben des auswärtigen Kapitals, Rußland zu einer Kolonie zu machen, war der Hauptgrund für das Nihilisieren des Versuches, uns mit den Händen, Denikins, Kollschak und Judenitsch zu fassen. Die Engländer und Franzosen, die in ihrem eigenen Interesse, gegen den Willen Denikins, Randstaaten kaufen und die fortwährend Einnahmen an den Tag legen, weichen dadurch in den Reihen der freiwilligen Armee Nihilisten. Dieses Nihilisieren hinderte sie, Denikin und Kollschak so energisch zu unterstützen, daß die Weihen die Kisten besetzen konnten. In dererzeit unterliegt es keinem Zweifel, daß derjenige Teil der alten Offiziere, der in unserem Bürgerkrieg gegen Denikin und Kollschak ehrlich seine Pflicht erfüllt, dies darum tut, weil er begriffen hat, daß Sowjet-Rußland nach dem Sieg über Denikin, Kollschak und Judenitsch alle von Russen bevölkerte Länder ver-

einigen und Rußland vor dem Schicksal, die koloniale Beute der früheren Verbündeten Rußlands zu werden, bewahren wird. Der Bürgerkrieg des russischen Proletariats war ein Krieg gegen das russische Kapital und gegen den russischen Grundbesitzer um die Boraussetzung des kommunistischen Aufbaues. Die erste Voraussetzung hierfür ist die territoriale Unabhängigkeit des russischen Volkes von der Entente und seine mächtigen militärischen Organisationen unter der Leitung der Sowjet-Regierung.

Was hat sich seit Beginn der polnischen Offensive geändert? Die Aenderung, die eingetreten ist, trug zunächst einen quantitativen Charakter. Quantitativ haben wir es vorläufig mit einem fremdländischen Gegner zu tun, mit polnischen Truppen, die von polnischen Weißgardisten geführt werden. Die russische Konterrevolution ist so zusammengebrochen, daß sie nicht im Stande ist, in diesem Kampf eine führende Rolle zu spielen, wenn die Polen Befreiung erhalten werden, so nur von Seiten der rumänischen, finnischen und lettischen Weißgardisten. Dieser Mangel an bedeutenden russischen weißgardistischen Kräften an der Westfront muß den Volksmassen, wie auch den ehelichen, patriotischen Elementen der früheren herrschenden Klasse Rußlands auffallen, und darum empfinden sie hier noch mehr als beim inneren Bürgerkrieg den Charakter dieses Krieges als eines Kampfes um die Unabhängigkeit des Landes. Die Entente deckt ihre Politik, maskiert ihre kolonialen Tendenzen durch ihr Geschrei gegen den Bolschewismus, durch die Maske des Kampfes für die kapitalistische Gesellschaftsordnung und für die Zivilisation in Rußland. Die polnische Regierung, die polnische Presse erklären zynisch und offen, daß es ihnen gleichgültig sei, wer in Rußland herrscht, wenn nur Rußland geschwächt wird und jeder russische bürgerliche Patriot begriffen, daß die Polen nicht die Absicht haben, die Bolschewisten zu stützen, daß die Bolschewisten jeden Tag von den Polen einen Frieden haben könnten, wenn sie ihnen nur ein genügend großes russisches Gebiet abtreten und eine genügend große Kontribution zahlen werden. Das ruft in den russischen bürgerlichen Patrioten das Gefühl eines nationalen Hasses hervor. So geht im Bewußtsein der freien Masse der quantitative Unterschied in einem qualitativen über; obgleich alle unsere Bürgerkriege in den letzten zwei Jahren auch nationale Kriege waren, so scheint es diesen Massen, als nur dieser polnische Krieg ein nationaler.

In Wirklichkeit scheint es nur so. Unser Bürgerkrieg war immer ein nationaler Krieg, war das Bestreben nach Einigung der russischen Gebiete in den Händen des Diktators der Arbeiterklasse, war der Kampf um die Unabhängigkeit des Landes und seine Befreiung von fremdem und eigenem Kapitalismus. Der Krieg gegen Polen kann den Charakter eines schweren Zusammenstoßes mit der russischen Konterrevolution annehmen, wenn es den polnischen Weißgardisten gelingen sollte, uns einen süßeren Schicksal zuzufügen; bei der Gespanntheit der Klassengefühle in Polen kann der Bürgerkrieg erweitert und den Charakter eines Kampfes des russischen und polnischen Proletariats gegen das russische, polnische und internationale Kapital annehmen. Da dies unser erster Kampf im Westen ist, da die revolutionäre Bewegung in Deutschland von Tag zu Tag steigt, so birgt dieser Kampf die größten Möglichkeiten für das internationale Proletariat in sich. Es ist Aufgabe der Kommunisten, den komplizierten Charakter der Ereignisse richtig zu verstehen und ihnen nicht mit geschlossenen Augen gegenüber zu stehen.

(Schluß folgt.)

Gewerkschaftliches

Beschlüsse der Textilarbeiter

Am 18. und 19. Juli tagte in Barmen der 50 Mitglieder zählende, in der Mehrheit aus unbesoldeten Verbandsmitgliedern zusammengesetzte Beirat des Deutschen Textilarbeiterverbandes. Der Beirat faßte Beschlüsse in Sachen der künftigen Organisation der Betriebsräte, die wir bereits veröffentlicht haben. Außerdem nahm der Beirat eine sehr wichtige Entscheidung gegen die von den Unternehmern geplante Verlängerung der Arbeitszeit an. Die Resolution lautet:

„Der Beirat des Deutschen Textilarbeiterverbandes macht seine Mitglieder aufmerksam auf das von den Unternehmerverbänden erlassene Rundschreiben betreffend Durchsetzung der um 2 Stunden verlängerten Arbeitswoche im Herbst 1920.“

„kommen Sie mit dem Angebot, daß wir uns ergeben sollen? Stimmt es nicht?“ und ein kurzes, mit Bitterkeit gemischtes Lächeln gleitet über seine Lippen. Ich fühle, daß dieser Junge, noch ohne Schnurrbart, in die Tiefe meiner Gedanken dringt und mich durch seine Ruhe ganz aus der Fassung bringt.

„Auf möglichst gelinde Art versuche ich die Bedingungen auseinanderzusetzen, unter denen die Sowjetregierung den Junkern vorschlägt, sich zu ergeben. Mit doppelter Aufmerksamkeit hören die Anwesenden mir zu.“

„Wie ich fertig bin, sagt der Junker, halb zu mir, halb zu den übrigen Anwesenden gewendet, als fragte er um deren Meinung.“

„Obwohl wir uns im Kriegszustand befinden, so will ich doch parlamentarisch vorgehen. Ich werde den Befehl erteilen, alle Junker zu einer Versammlung einzuberufen, und dann werden Sie nochmals vor ihnen Ihre Bedingungen vorlegen, dies ist um so eher möglich, als die Gegner nicht schießen, und auch wir zeitweilig das Feuer einstellen können.“

„Ich stehe in einer Ecke des Riesensaal der Junkerschule und sehe, wie einzeln und in Gruppen sowohl Junker als auch Frauen in ganz phantastischen Kostümen eintreten, die teilweise aus weiblicher Kleidung, teils aus Soldatenuniform bestehen. Außerdem betreten auch andere friedliche Frauen den Saal; sie sind reich gekleidet und führen Kinder an der Hand, — es sind gewiß Familien, die hier Zuflucht gesucht haben.“

„In der Menge huschen Kinder, halbwüchsige Knaben und Mädchen, hin und her, die sich in dieser Aufregung sehr wohl zu fühlen scheinen.“

„Keine Aufmerksamkeit wird besonders von den bewaffneten Frauen angezogen. In diesem Augenblick ist mein Herz von grenzenloser Bitterkeit und gleichzeitig von Empörung gegen diese Wesen erfüllt. Ich denke: bisher konnte man sich einer Frau nähern, ohne zu fürchten, daß man mit Blut besudelt wird. Das Privilegium, das ewige Siegel Ruins zu tragen, war nur den Männern zuerteilt; jetzt aber machen es ihnen die Frauen streitig. Ein Mann, der tötet, ist widerwärtig, verachtungswürdig; eine Frau jedoch mit blutigen Händen ist tausendmal widerwärtiger.“

(Fortsetzung folgt.)

Die schwere Stunde

Roman

von Victor Panin

„Schäme dich! Du bist doch ein Mensch, und trotzdem schwänst du, als ob du kein Recht hättest; du suchst nach christlichen Feinheiten in dem Augenblick, wo dort vielleicht Hunderte von Menschenleben verbluten! Sollte nicht schon allein die Möglichkeit, ein einziges dieser Leben zu retten, eine unbestreitbare, heilige Begründung deiner Handlungswaise sein?“

Ich vernahm diese Stimme in mir, ich sah ein, ich fühlte, daß sie recht hatte, und gleichzeitig blühte ich in mein Inneres und erkannte, daß mein Wille, schlampig wie ein Vapen, nicht die Kraft besaß, dahin zu gehen, wohin mein Gewissen mich trieb.

„Ich verzweiflung rang ich die Hände, spottete bitter über mich selbst, nannte mich einen Feigling, einen Nichtenau, schickte mich mit beißendem Hohn und Schimpfworten.“

„Ja, ich bin ja ein Russe, und das Unglück jedes Russen besteht darin, daß ihm von Natur oder durch Rassenvererbung ein großes, sehnfühliges Gewissen gegeben ist, sowie das ewige Streben zu den Himmelshöhen, das ewige Jagen nach himmlischen Sternen, die als Leuchtsterne der ganzen Menschheit erstrahlen könnten, — und dabei völlige Abwesenheit von Willen.“

„Er kann wohl sehnfüchtig träumen, aber er kann nicht handeln; es ist nicht, daß die Geschichte Rußlands mit den Worten beginnt: Unser Land ist zwar groß und reich, aber es gibt keine Ordnung darin, kommt und regiert über uns.“

„Um zu regieren, muß man über Willen verfügen, hier aber der Mensch gewöhnt, immer in den Wolken zu schweben. Die Erde ist für ihn zu grau, zu profanisch, er will nichts auf der Erde haben. Viele Jahre denke ich schon über diese Frage nach: Soll man sich in Ehrfurcht vor deinem großen Gewissen neigen oder deine tödliche Ohnmacht verfluchen, du Rußland?“

„Man fährt mich in das Gebäude der Junkerfamilie. Von beiden Seiten begleiten mich zwei Junker, mit dem Gewehr in der Hand, als führten sie einen Arrestanten.“

„Ich werfe meine weiße Fahne des Parlamentärs beiseite, mit dem Gedanken: Wozu brauche ich sie? Sie stört mich bloß. Erstaunt bleiben die Junker stehen, einer von ihnen blickt sich und hebt die Fahne auf.“

„Brauchen Sie die Fahne nicht mehr?“ fragt er. „Wozu denn?“ ist meine Antwort. Trotzdem wirft er sie nicht weg, sondern wickelt sie zusammen und steckt sie hinter seinen Ledergürtel.“

„Im Zimmer des Kommandierenden der Junker treffe ich fünf Junker, zwei Zivilpersonen und eine Frau an. Bei meinem Erscheinen stockt das lebhafteste Gespräch der Anwesenden sofort, und alle betrachten mich: die einen mit Neugierde, die andern mit einer verächtlichen Bosheit.“

„Nach der Begrüßung stehe ich mitten im Zimmer und weiß nicht, womit ich beginnen soll, an wen von den Anwesenden ich mich wenden soll. Ein hämmiger, abseits stehender Junker tritt zu mir. Seine Bewegungen sind gemessen, sein Gesicht ruht, seine Augen scheinen einen zu durchbohren, und der stark hervortretende Unterkiefer weist auf einen starken Willen hin.“

„Ich kommandiere hier,“ sagte er, jedes Wort deutlich artikulierend, „was wünschen Sie?“

„Einer der Anwesenden nähert sich uns neugierig, um nicht ein einziges Wort unseres Gesprächs zu verlieren.“

„Ich komme als Parlamentär,“ sagte ich.

„Aber Sie, sind Sie Bolschewik?“ fragte er, besonders das Wort „Sie“ betonend, und scheint dabei mit seinen grauen, bohrenden Augen in die Tiefe meiner Seele dringen zu wollen.“

„Ich bin verwirrt, ich werde verlegen; ich weiß nicht, was ich antworten soll. Ueber diese Frage habe ich noch niemals nachgedacht. Bin ich denn eigentlich Bolschewik? Aber sie wenden ja Gewalt an, und ich bin gegen jegliche Gewalt, — also kann ich nicht Bolschewik sein. Und doch würde die friedliche Anwendung ihrer Ideen der gesamten Menschheit das Glück auf Erden geben, . . . und ich träume ja von solchem Glück.“

„Ich bin bloß Schriftsteller, ich bin Stepanoi. Aufrichtig gestanden habe ich bis jetzt keiner einzigen Partei angehört und glaube auch, keiner anzugehören.“

„Ja,“ sagt der Junker nachdenklich, ein wenig erstaunt, „ich kenne Sie ja persönlich. Ich war erstaunt, daß gerade Sie als Parlamentär zu uns kommen. Wahrscheinlich“

